



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Angelika Wackler

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144
Fax 08122/58-1109
angelika.wackler@lra-
ed.de

Erding, 18.09.2017
Az.:
2014-2020/KA/024

24. Sitzung des Kreisausschusses am 26.06.2017

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauer, Thomas Dr.

Biller, Josef

Vertretung für Maximilian Gotz

Dieckmann, Ulla

Eichinger, Gertrud

Els, Georg

Kuhn, Günther

Vertretung für Helga Stieglmeier

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Scharf, Ulrike

Sterr, Josef

Treffler, Christina

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin, Landrat

von der Verwaltung:

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia

Pressesprecherin

Fuchs-Weber, Karin

Büro Landrat

Helfer, Helmut

Kreisfinanzen, TOP 1- 2

Wackler, Angelika

Protokoll

Ferner nimmt teil:

Herr Sándor Mohácsi, Vorstand Klinikum Landkreis Erding

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Klinikum Landkreis Erding
Fehlbetragsausgleich für das Jahr 2016
Vorlage: 2017/2192
2. Zuschuss und personelle Unterstützung für den BLSV Kreistag
2017 in Erding
Vorlage: 2017/2211
3. Bekanntgaben und Anfragen
- 3.1. Anfrage von KRin Dieckmann zu einer Pressemitteilung Notzinger
Weiher - Jugendzeltplatz

1. Klinikum Landkreis Erding Fehlbetragsausgleich für das Jahr 2016 -- Vorlage: 2017/2192

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Sándor Mohácsi, Vorstand vom Klinikum Landkreis Erding. Er verweist auf den Vorlagebericht und bittet Herrn Mohácsi um entsprechende Erläuterungen dazu.

Herr Mohácsi berichtet, dass das Defizit 2016 leider deutlich höher ausgefallen sei als geplant und gewünscht. Es handle sich um eine Abweichung von -2,1 Millionen, statt der geplanten -1,2 Millionen. Damit liege ein Defizit in Höhe von minus 3,325 Millionen € vor.

Im Anschluss erläutert er ausführlich, die drei wesentlichen Abweichungen zur Planung:

- Fehlende stationäre Leistungen. Erwartete Case Mix Punktezahl: 16.073, Erreichte Punktezahl: 15.203 Punkte, Differenz von 870 Punkten, Wert pro Punkt ca. 3.300 €. Erlösminderung von ca. 2,8 Millionen €.
Zusammenfassend könne er sagen, dass ein großer Teil der Differenz durch ein ganz schwaches Jahresende hervorgerufen wurde. Interessant sei, dass der Lkr. EBE ebenfalls ein schwaches Jahresende hatte. Er fügt hinzu, dass die Monate Januar und Februar 2017 dafür sehr stark gewesen seien und auch der Mai 2017.
- Ungeplant höherer Einsatz von externen Leiharbeitskräften für rund 1,5 Millionen €. Nötig insbesondere in der OP-Pflege, aufgrund des Ausfalles/Wegfalls von 7-8 Mitarbeitern. Zwischenzeitlich habe man zum 01. Juni alle freien Stellen mit eigenem Personal besetzen können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

- Rückstellung für mögliche Rückzahlungen an die Krankenkassen in Höhe von 490.000 €, für mögliche Rückforderungen von MDK-Aufwandspauschalen für die Jahre 2012 bis 2015.

Abschließend könne er noch mitteilen, dass man bei den eigenen Personal- und Sachkosten deutlich unter Plan gelegen sei, sodass man ein Stück Mehrkosten kompensieren konnte.

Kreisrat Dr. Bauer spricht die Schließung der Geburtshilfe an und bittet um Darstellung der aktuellen Sachlage und Entwicklung.

Herr Mohácsi berichtet, dass die Problematik in der Geburtshilfe kein neues Problem sei. In den vergangenen Jahren hatten die Beleghebammen ihre Kündigung bereits angedroht und auch zweimal ausgesprochen. Es gebe nicht genügend eigenes Personal und es gebe auch zu wenige Beleghebammen. Die letzte große Krise lag im Jahr 2015 vor, bei der man die Beleghebammen, wie die Jahre zuvor, wieder massiv unterstützt habe, z. B. durch schalten von Anzeigen und einem Schreiben an alle Hebammenschulen. Er merkt an, dass damals auch drei Hebammen zur Einstellung vorlagen, die Beleghebammen den Einsatz von angestellten Hebammen jedoch strikt abgelehnt hätten.

Er berichtet weiter, dass er vor ca. zwei Monaten die Information erhalten habe, dass über die Sommermonate nicht genügend Beleghebammen zur Verfügung ständen. Eine Hebamme falle aus gesundheitlichen Gründen aus, zwei seien in Elternzeit und drei der Hebammen arbeiteten nur in Teilzeit. Man habe daraufhin gleich Gespräche geführt und letztendlich festgestellt, dass im Juli/August ca. 12 Tage nicht durch die Beleghebammen besetzt werden können und diese externe/von dritter Seite Unterstützung benötigten. Das Krankenhaus habe daraufhin in anderen Krankenhäusern/bei Hebammen angefragt, ob diese bereit wären für diese 12 Tage einzuspringen. Nachdem diese Zusagen organisiert werden konnten, habe man die Beleghebammen darüber informiert. Diese teilten jedoch mit, dass sie trotzdem im Juli und August keine Dienste mehr abdecken könnten. Danach habe man keine andere Möglichkeit gesehen, als den Kreissaal für diese zwei/drei Monate auf eine Minimalbesetzung herunterzufahren.

Herr Mohácsi möchte noch einen Hinweis geben zur Ergebnisermittlung bzw. der oft gestellten Frage, ob die sogenannte Wachstumsstrategie wirklich richtig sei. Er könne dies nur mit JA beantworten, denn wenn sie kein Wachstum gehabt hätte, wäre das Defizit die letzten Jahre nicht weniger, sondern deutlich mehr geworden. Er nennt zur Entwicklung der letzten Jahre noch folgende Zahlen zum Defizit:

2011 -2,9 Millionen (aufgrund der Auflösung einer Rückstellung, tatsächliches Defizit -4,6 Millionen),

2012 -3,7 Mio., 2013 -2,0 Mio., 2014 -1,9 Mio. und 2015 -1,3 Millionen €. Damit habe man fünf Jahre in Folge die wirtschaftliche Situation schrittweise verbessern können.

Der Vorsitzende merkt an, dass das, was als Wachstum den Kassen versprochen wurde, nicht eingehalten werden konnte und man in der Notfalaufnahme deutlich über eine Million zuführen müsse.

Herr Mohácsi berichtet, dass getrennt von den stationären Abrechnungen die Notaufnahme zu betrachten sei, aus der man grundsätzlich keine Pati-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

enten ohne Untersuchung/Behandlung nach Hause schicke. Für die Behandlung eines ambulanten Patienten erhalte das Krankenhaus im Schnitt 36 €, die Kosten lägen jedoch in einer Höhe von ca. 97 €.

Rund 70 % der ankommenden Patienten seien, nach Einschätzung der Ärzte, keine echten Notfälle, sondern könnten am Folgetag auch ihren Hausarzt aufsuchen. Er merkt an, dass sich die ambulanten Patientenzahlen in der Notaufnahme in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt hätten.

Kreisrätin Dieckmann möchte wissen, was mit den Müttern wäre, die sich bereits zur Geburt angemeldet hatten. Dann fragt sie noch, ob dieses Problem voraussehbar gewesen wäre und was für die Zukunft geplant sei.

Herr Mohácsi antwortet, dass die angemeldeten Mütter, die tatsächlich nicht aufgenommen werden können, an Nachbarkrankenhäuser z. B. Landshut und Ebersberg vermittelt werden. Von der Klinik in Großhadern wisse er, dass diese aufgrund Hebammenmangel nicht alle Kreißsäle in Betrieb habe, obwohl diese über eine eigene Hebammenschule verfüge. Das Klinikum versuche weiterhin alles, um in den kommenden Monaten für die Beleghebammen Unterstützung zu finden. Da die Hebammen nach wie vor keine Anstellung wünschen, könne man nur unterstützen. Er erklärt, dass in Deutschland die Verteilung angestellte/freiberufliche Hebammen bei 80/20 liege. In Bayern sei dies genau das Gegenteil, fasst alle Geburtshilfen arbeiteten mit Beleghebammen. Man werde nun auch überprüfen, ob das Modell Beleghebammen in Zukunft noch Sinn mache. Hier wolle man jedoch abwarten, bis eine Schiedsstelle Anfang Juli ihre Entscheidung bekannt gebe. Die Bundesverbände der Hebammen und der gesetzlichen Krankenkassen ständen momentan, zum Thema der grundsätzlichen Vergütung von Beleghebammen, vor einer Schiedsstelle.

Kreisrat Els merkt an, dass man um den Fehlbetragsausgleich nicht herum komme, da sonst das Krankenhaus womöglich zahlungsunfähig sei. Für ihn dränge sich die Frage nach den Gründen für den Rückgang der stationären Leistungen auf, die gehörten Erläuterungen seien ihm hierfür zu wenig. Er berichtet, dass sich der Verwaltungsrat seit drei Jahren über eine Schiefelage unterhalte: *„und unterhalten uns nur, wie schief die Schiefelage eigentlich ist.“* Vielleicht müsse man irgendwann über eine Perspektive nachdenken.

Herr Mohácsi möchte anmerken, dass es nicht nur in die falsche Richtung gehe, sondern man im Jahre 2015 ein Defizit von knapp 1,3 Millionen ausgewiesen habe, geplant habe man mit -1,8 Millionen. Auch die Jahre davor konnte man das Defizit schrittweise senken.

Woran man arbeiten müsse und auch bereits arbeite, in Zukunft mit Unterstützung des neuen Chefarztes der Viszeral- und Thoraxchirurgie, wäre, den Anteil der elektiven/geplanten Patienten zu erhöhen. Die Herausforderung hierbei sei jedoch, dass sich um die elektiven Patienten nicht nur die kommunalen Häuser im Großraum München bemühten, sondern auch die Häuser in anderen Trägerschaften.

Kreisrat Dr. Bauer kommt auf eine Äußerung in einem Presseartikel zurück und möchte wissen, ob die Problematik bei der Geburtshilfe auch bei angestellten Hebammen angefallen wäre.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Mohácsi antwortet, dass die Beleghebammen berechtigterweise ein wirtschaftliches Interesse daran hätten, ihre Belegpraxis am Laufen zu halten und die Geburtshilfe am Krankenhaus stelle dabei eine von mehreren Tätigkeitsgebieten dar. Bei angestellten Hebammen, die nur am Krankenhaus arbeiten würden, läge eine höhere Bindung zum Haus vor. Er merkt an, dass diese jedoch auf dem Markt ebenfalls schwer zu finden seien und auch hier könne es Ausfälle geben. Wie er vor ca. 6 Jahren in der Intensivpflege erlebt habe, wo innerhalb von zwei Monaten sechs Mitarbeiterinnen schwanger wurden.

Kreisrätin Treffler verweist auf einen Presseartikel/Kommentar von Herrn Moritz am vergangenen Freitag. In diesem wurde gefordert, dass sich der Kreistag und Kreisausschuss einsetzen und mithelfen solle. Sie fragt, wie der Kreistag unterstützen könne, z. B. mit einem offenen Brief an das Gesundheitsministerium.

Herr Mohácsi empfiehlt, die Entscheidung der Schiedsstelle Anfang Juli abzuwarten. Dann könne man sagen, ob es in Zukunft noch Beleghebammen geben wird. Für das Krankenhaus wäre es am besten, wenn die bisherigen Hebammen, nach personeller Verstärkung, ab September/Oktobre wieder ihre Tätigkeit aufnehmen würden. Mittelfristig habe man noch das Thema, dass es insgesamt in Deutschland viel zu wenige Hebammen gebe. Hier könne man politisch darüber nachdenken, ob man Schulen für Hebammen vergrößert und/oder fördert.

Kreisrat Wiesmaier findet es ein Dilemma, dass im kommunalen Krankenhaus im Lkr. Erding, im jüngsten Landkreis Bayerns, keine Entbindungen mehr stattfinden können. Er möchte wissen, wie es nun weitergehe, auch mit Blick auf das Personal der Abteilung. Zudem erwarte er eine Konzeption für das Haus, die Geburtshilfe, die eine Erpressbarkeit des Klinikums ausschließe. Nicht das die Beleghebammen sich melden und mitteilen: „ja, im Dezember haben wir wieder ein mittleres Problem, also müssen wir wieder 3 Monate zuschließen.“

Kreisrat Wiesmaier erklärt, dass der Anspruch des Landkreises gewesen sei, die Gewährleister, Stichwort Fehlbetragsausgleich, des Hauses zu sein. Dieses aber nicht unter allen Umständen und nicht in jeder Unwägbarkeit, sondern in einer Verlässlichkeit der Führung. Ihm reiche die Erklärung nicht, dass es auch noch andere Häuser gebe, die genauso schlecht oder schlechter seien. Der Landkreis müsse beim oberen Drittel mitspielen, bei denen, und nach seinen Kenntnissen seien 50 % der Häuser nicht defizitär, die schwarze Zahlen oder eine schwarze Null schrieben. Abschließend fügt er an, dass die sogenannte Wachstumsstrategie so nicht weitergeführt werden sollte.

Der Vorsitzende erklärt, dass er sich ebenfalls nicht damit abfinden könne und wolle, dass es am Kreisklinikum in Erding auf Dauer keine Geburtshilfe mehr gebe. Er fordere den Vorstand hiermit auf, ein Konzept zu erarbeiten, um in Abstimmung mit den Beleghebammen sicherzustellen, dass ab Oktober entweder mit diesem System, oder mit einem anderen System weitergearbeitet werden kann.

Alternativ müsse geprüft werden, und dafür bitte er um Verständnis, dass man vielleicht auch ein anderes System, bis hin zu einer Festanstellung

der Hebammen, umsetzen könne, um tatsächlich ab diesem Zeitpunkt wieder eine Geburtshilfe am Klinikum anbieten zu können.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Mohácsi erwidert, dass man bereits an einem Konzept arbeite und in den vergangenen Wochen bereits zusätzliche Alternativen durchdacht wurden, z. B. ein Hybridmodell mit angestellten Hebammen und Beleghebammen oder den Kreissaal nur noch mit angestellten Hebammen zu bestücken. Für diese zwei Optionen, wie auch die bisherige mit reinen Beleghebammen, müsse man vorrangig Personal akquirieren, dazu Anzeigen schalten oder auch ins Ausland reisen.

Zur Wortmeldung von KR Wiesmaier möchte er noch hinzufügen, dass man in den letzten 5 Jahren eine Versorgung weit über dem durchschnittlichen Versorgungsangebot eines kommunalen Grund- und Regelversorgers anbiete. Dies sei teilweise wirtschaftlich nicht attraktiv, wie die Notfallversorgung, aber Angebot wie der Herzkatheter, das Bluthochdruckzentrum oder die Schlaganfallereinheit seien wichtige Elemente, durch die die Bürger nun nicht mehr auf andere Landkreise ausweichen müssten, sondern im Landkreis Erding behandelt werden können.

Kreisrat Sterr möchte wissen, was die kommunalen Kliniken, die leicht im Plus lägen, abweichend machen würden. Er fügt an, dass die Geburtshilfe ein elementarer Bereich sei.

Herr Mohácsi antwortet, dass man bereits mehrere Maßnahmen neben der Portfoliostrategie ergriffen hätte, die die wirtschaftliche Situation kurz- und mittelfristig verbessern würden. Die Klinik habe im Herbst, in dem die niedrigen Fallzahlen anfielen, folgende Maßnahmen vorgenommen: vorsichtige Korrekturen im Stellenplan, mit den Chefärzten etliche Initiativen zur Gewinnung von elektiven Patienten gestartet und in der Notaufnahme habe man eine Abklärungseinheit mit sechs Plätzen geschaffen. Die größte Baustelle im Krankenhaus sei momentan der OP, diese Räumlichkeiten seien in der heutigen Form leider nicht geeignet für einen effizienten und wirtschaftlichen OP-Betrieb. Hinzu käme, dass man seit zwei Jahren aufgrund einer Verschärfung der Hygienerichtlinien in dem bisherigen Eingriffsraum keine kleinen ambulanten Operationen mehr durchführen könne, sondern man diese im Haupt-OP-Raum durchführen müsse. Dies führe zu einer deutlichen „Verstopfung“ und Mehrbelastung im Haupt-OP. Zum Unterschied zu anderen Häusern, insbesondere auch von Privaträgern, könne er sagen, dass diese zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation vorrangig ihren OP- Bereich optimieren oder gleich neu bauen, die Geburtshilfe schließen, die Notfallaufnahme in der Nacht abmelden und Servicebereiche, wie Küche oder Hauswirtschaft, an externe Dienstleister vergeben würden.

Zu dem mehrfach genannten Argument „gesund wachsen“ möchte er hinzufügen, dass es für ihn in Deutschland keine Alternative zu Wachstum gebe, um ein Krankenhaus wirtschaftlich zu verbessern. Außer man entscheide sich für eine Spezialisierung zu einer reinen elektiven Klinik, ohne den Bereich der Notfallmedizin.

Der Vorsitzende bemerkt, dass man sich generell über die wirtschaftliche Situation Gedanken machen sollte. Auch mit Blick darauf, dass es fünfzig Prozent der Häuser gebe, die eben ein ausgeglichenes Ergebnis hätten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Wenn mehrere schlechte Monate in der Belegung aufgetreten seien, könne man dies nicht mehr aufholen, sondern müsse entsprechend in der Konsequenz reagieren, z. B. mit weniger Personal.

Die von Herrn Mohácsi dargestellte Möglichkeit, durch die genannten Zusatz-Leuchttürme viel Geld zu verdienen, klinge positiv. Man könne damit auch zwei Effekte erreichen, erstens ein wirtschaftlich besseres Ergebnis und zweitens eine noch bessere Versorgungsleistung für die Bevölkerung. Aber diese Bereiche müsse man dann auch differenziert und klar gegliedert darstellen. Er merkt noch an, dass man einschätzen müsse, was der gesetzliche Auftrag sei und für was der Landkreis Zuständigkeit habe.

Der Vorsitzende findet, es dürfe keinen Automatismus geben, jeweils am Jahresende oder Jahresanfang dem Kreistag eine Rechnung zu präsentieren und einfach um einen Ausgleich zu bitten. Wenn dies so wäre, würde er für eine Art Re-Kommunalisierung plädieren, eine Verlagerung in die unmittelbare Zuständigkeit des Landkreises, als Eigenbetrieb oder sogar als Regiebetrieb, wie man dies bereits bis 2005 gewährleistet habe. Dies würde bedeuten, dass das operative Geschäft nicht einem Vorstand überlassen werde, sondern, dass die politischen Entscheidungsträger selbst diese Richtungsentscheidungen trafen.

Abschließend bittet **der Vorsitzende** darum, das Gesagte zum Thema Geburtshilfe im Protokoll zu vermerken. Er gehe davon aus, dass das Gremium nicht damit einverstanden sei, dass auf Dauer am Kreisklinikum Landkreis Erding keine Geburtshilfe mehr angeboten werde. Das Gremium erwarte von Seiten des Vorstandes, dass dieser entsprechende Maßnahmen ergreife, damit ab Oktober wieder eine Geburtshilfe gewährleistet werden kann. Dazu auch Gespräche mit den Beleghebammen zu führen und zu versuchen, ein tragfähiges Konzept zu erhalten und umzusetzen. Sollte dies in der nächsten Zeit nicht möglich sein, bittet das Gremium darum Alternativen zu prüfen, auch bis hin zu einer möglichen Festanstellung von Hebammen, um dieses Ziel zu erreichen.

KA/0199-20

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

1. Das Defizit für das Jahr 2016 des Klinikums Landkreis Erding, in Höhe von 3.325.107,52 €, wird ausgeglichen. Der Landkreis leistet, unter Anrechnung des bereits bezahlten Teilbetrages in Höhe von 1.187.558 €, den noch offenen Restbetrag von 2.137.549,52 €.
2. Die nicht durch Haushaltsmittel gedeckten Ausgaben in Höhe von 762.951,52 € werden überplanmäßig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 1 Stimmen**

(Nein Stimme: KR Wiesmaier)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

2. Zuschuss und personelle Unterstützung für den BLSV Kreistag 2017 in Erding - Vorlage: 2017/2211

Der Vorsitzende berichtet, dass der BLSV Kreisverband alle fünf Jahre seinen Kreistag durchführe und dafür wieder eine Broschüre erstelle. Im Anschluss zeigt und beschreibt er die Broschüre aus dem Jahre 2012. Der BLSV habe nun um Unterstützung durch das Büro Landrat bei der Gestaltung der Broschüre gebeten und um die Gewährung eines Zuschusses.

Kreisrätin Eichinger fragt, in welcher Auflage diese Broschüre gedruckt werde und wie der Verteiler aussehe. Zudem regt sie an, die Broschüre, welche im Endeffekt ein Leistungsstand zum Sport im Landkreis sei, auch auf der Landkreisseite zu veröffentlichen.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies nicht genau bekannt sei, beim letzten Mal wurden 150 Broschüren gedruckt, zu Kosten in Höhe von 513 Euro. Vermutlich werde diese Broschüre wieder an die teilnehmenden Vereine ausgegeben. Eine Veröffentlichung auf der Landkreisseite sei nicht geplant, aber eine Verlinkung könne man vornehmen.

Kreisrat Wiesmaier bedankt sich dafür, dass dieses Thema auf der Tagesordnung sei. Nicht aufgrund der finanziellen Zuwendung, sondern aufgrund der Aussage, dass sich das Gremium dazu bekennen und den BLSV unterstützen könne. Damit auch den Vorsitzenden und seine ganze Mannschaft, die ehrenamtlich die ganzen Vereine unterstütze. Gestern sei er erst in der Hauptversammlung gewesen und habe erlebt, wie ein Adi Maier Informationen zur Umsetzung einer Satzung und dem steuerrechtlichen Teil gegeben habe. Damit habe er die Vereine sehr unterstützt und diese fühlten sich angenommen. Diese Arbeit sollte auch vom Kreistag unterstützt und anerkannt werden und er befürworte deshalb auch eine weitere Unterstützung.

Der Vorsitzende pflichtet ihm bei und erklärt, dass man den BLSV schätze und die Sportlerinnen und Sportler unterstützen möchte, insbesondere was die Organisation betreffe. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliest der Vorsitzende den folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0200-20

Die Gewährung von personeller Unterstützung und eines Zuschusses für den Bayerischen Landes-Sportverband e. V. (BLSV) für deren Kreistag 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1. Anfrage von KRin Dieckmann zu einer Pressemitteilung Notzinger Weiher - Jugendzeltplatz

Kreisrätin Dieckmann berichtet, dass vor einer Woche der Jugendhilfeausschuss getagt habe und dabei das Thema Jugendzeltplatz, zukünftige Konzeption am Standort, angesprochen wurde. Nun habe sie auf der Homepage eine Pressemitteilung gelesen, dass eine Beteiligung stattfinden soll. Sie möchte nun wissen, wie diese Beteiligung aussehe und ob auch Jugendorganisationen, die diesen Zeltplatz später nutzen könnten, ebenfalls beteiligt werden.

Der Vorsitzende berichtet, dass ein Entwurf zur Ertüchtigung vom Gelände Notzinger Weiher vorliege. Für diesen Entwurf habe man ein Landschaftsplanungsbüro damit beauftragt zu ermitteln, was alles denkbar wäre um den gesamten Bereich Notzinger Weiher zu ertüchtigen und auch ökologisch zu verbessern. Dazu gehöre z. B. ein Naturlehrpfad, Einstiegshilfen für den praktischen Badebetrieb und eine mögliche Vertiefung oder Abflachung von verschiedenen Bereichen.

Den vorliegenden Entwurf wolle man nun mit den Beteiligten diskutieren, natürlich auch mit den interessierten Jugendverbänden, sowie mit dem Bund Naturschutz, der Gemeinde Oberding, Bewohnern und Grundstücksanliegern, Jägern, Fischern, Landwirten.

Er fügt an, dass jeder der Interesse daran habe, seine Meinung sagen dürfe und erst danach werde entschieden, was man tatsächlich umsetzen könne.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Angelika Wackler
Verwaltungsangestellte